

Graz, 5. April 2020

Dringlicher Apell: Studiengebühren erstatten, jetzt!

Sehr geehrter Herr Minister Faßmann!

Wir wenden uns an Sie mit einem dringlichen Anliegen! Viele Studierende österreichweit sehen sich gerade durch die allgemeine Situation in ihrer Existenz bedroht. Sie haben es in der Hand, ob Ihr Ressort dieses Problem wahrnimmt und aktiv Schritte dagegen setzt, oder ob Sie diese Studierenden sehenden Auges im Stich lassen.

Vergangenen Freitag wurden Sie vom Nationalrat ermächtigt weitreichende Verordnungen im Hochschulbereich zur Linderung von Problemen, die durch die COVID-19-Krise entstanden sind, zu erlassen. Neben vielen wichtigen Punkten des Lehr- und Prüfungswesens umfassen diese Ermächtigungen auch das Thema Studiengebühren.

Uns alle hat diese Krise unvorhergesehen und hart getroffen, besonders dramatisch trifft es die Studierenden. Deren ohnehin prekäre soziale Lage hat sich durch die COVID-19-Krise drastisch verschärft. Viele von ihnen sehen sich derzeit gezwungen, aufgrund der fehlenden Möglichkeit auf Kurzarbeit für geringfügige Arbeitsverhältnisse sowohl einen Verlust der Erwerbstätigkeit als auch eine Beschränkung des Studienfortschritts hinzunehmen. Vor allem Studierende aus Drittstaaten müssen nun ohne Einkommen die doppelten Studiengebühren von 726,72 Euro bezahlen. Da aufgrund der COVID-19-Krise die Hochschulen ihren Lehr- und Prüfungsbetrieb nur eingeschränkt aufrecht erhalten können und dementsprechend auch deutlich weniger Leistung durch die Studierenden erbracht werden können, ist der nächste nötige Schritt die Studiengebühren zurückzuerstatten bzw. zu erlassen.

Durch diese Umstände sind nun viele Studierende mit Ängsten um die eigene Existenz konfrontiert und müssen sich die Frage stellen, ob sie ihr Studium weiterführen oder doch die Miete bezahlen sollen. Was nach einer zynischen Verkürzung klingt, ist für unzählige Studierende bitterste Realität.

In einem Staat wie Österreich darf das nicht der Fall sein, hier braucht es ganz klar die Unterstützung der öffentlichen Hand. Da viele Studierende geringfügig angestellt sind, gibt es für sie oft von keiner Seite Hilfe. Hier auch noch auf die Entrichtung der Studiengebühren und damit eine weitere massive finanzielle Belastung zu bestehen, zeugt von enormer sozialer Kälte.

Nach geltender Gesetzeslage können Hochschulen autonom entscheiden, die Studiengebühr für einzelne Gruppen zu erlassen. Die momentane Situation erfordert aber jedenfalls eine zentrale Entscheidung durch Gesetze und Verordnungen und eine Finanzierung durch den Staat. Nach derzeitiger Lage sind die Studierenden die großen Verlierer_innen der Krise rund um COVID-19 und schauen bis dato bei "Koste, was es wolle" durch die Finger.

Sehr geehrter Herr Minister, das ist nicht die Art und Weise, wie man mit der vorwiegend jüngeren Generation und damit der Zukunft dieses Staates umgeht! Man lässt uns damit einfach im Stich und setzt fatale und elitäre Signale.

Wir fordern Sie darum mit Nachdruck und aller Dringlichkeit auf:

Erlassen Sie nicht nur Verordnungen, sondern erlassen bzw. erstatten sie auch allen Studierenden die Studienbeiträge für dieses Semester! Zeigen Sie, dass dieser Regierung nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Zukunft der Studierenden am Herzen liegt.

Mit besten Grüßen,



Simon Malacek

Vorsitzender der HTU Graz